



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

Zug, 27. November 2018 bue

Vernehmlassung zur Änderung der Asylverordnung 2 und der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 5. September 2018 haben Sie uns in oben genannter Angelegenheit zur Vernehmlassung mit Frist bis zum 5. Dezember 2018 eingeladen. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Wie bereits im Rahmen der gemeinsamen Stellungnahme der KdK zum Ausdruck gebracht, begrüssen wir die Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz und die Abgeltung der Kantone für die Kosten von unbegleiteten Minderjährigen im Asyl- und Flüchtlingsbereich. Seit dem 1. Januar 2018 setzt der Kanton Zug das Konzept «Sprachliche und berufliche Integration von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich im Kanton Zug» vom 2. Juni 2017 um. Die Antworten auf die gestellten Fragen im Anhang beantworten wir darum alle mit Ja.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

sign.

Manuela Weichelt-Picard
Frau Landammann

sign.

Tobias Moser
Landschreiber

Beilage: Fragebogen (ausgefüllt)

Kopie per E-Mail an:

- SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch (Word- und PDF-Version)
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug
- Staatskanzlei
- Direktion des Innern (info.dis@zg.ch)
- Kantonales Sozialamt (sozialamt@zg.ch)